

**Haushaltsplan 2006
– Einzelplan 4 des Sozialreferates –**

Sitzungsvorlage Nr. 02-08 / V 06895

2 Anlagen

**Beschluss in der gemeinsamen Sitzung des Kinder- und Jugendhilfeausschusses
und des Sozialausschusses vom 11.10.2005 (VB)**
Öffentliche Sitzung

I. Vortrag des Referenten

1. Ausgangslage

1.1. Haushaltssituation

Aufgrund der weiterhin angespannten Finanzsituation der Stadt müssen im Haushalt 2006 nicht nur die Vorgaben des 2. Haushaltssicherungskonzeptes 1997 (Nullsteigerung im pauschal bewerteten Bereich) umgesetzt, sondern vom Sozialreferat im Rahmen des 3. Haushaltssicherungskonzeptes 2002 auch in 2006 ein Konsolidierungsbeitrag in Höhe von 4.547.700,- EUR erbracht werden (Beschluss der Vollversammlung vom 24.07.2001 und Eckdatenbeschluss vom 27.07.2005).

1.2. Ziel- und produktorientiertes Vorgehen

Für das Jahr 2006 sieht das Sozialreferat folgende prioritäre Handlungsfelder:

- **Handlungsfeld 1** „Kinder und Jugendliche fördern, Familien unterstützen, Bildung ermöglichen“
- **Handlungsfeld 2** „Selbstständigkeit erhalten, Existenz sichern“
- **Handlungsfeld 3** „Wohnen in der Stadt sichern“
- **Handlungsfeld 4** „Vielfalt gestalten, das Zusammenleben fördern. Gemeinsam Verantwortung im Stadtteil stärken“
- **Handlungsfeld 5** „Bürger(innen)freundlich und dienstleistungsorientiert arbeiten“

Für diese Handlungsfelder wurden Ziele formuliert, die bei einzelnen betreffenden Produkten zu Anmeldungen zum Haushaltsplan-Entwurf 2006 geführt haben. Die Ziele

des Sozialreferates für das Jahr 2006 hat der Stadtrat vor dem Eckdatenbeschluss am 27.07.2005 bereits in den Sitzungen des Sozialausschusses am 07.07.2005 und des Kinder- und Jugendhilfeausschusses am 12.07.2005 beschlossen. Das stadtweit geltende Verfahren schreibt vor, zu den Haushaltsberatungen die ggfs. überarbeiteten Ziele mit den bereits dotierten Produkten den Fachausschüssen vorzulegen. Zeitgleich mit dieser Vorlage wird der Stadtrat in seiner heutigen Sitzung daher nochmals über die Ziele des Sozialreferates für das Jahr 2006 unterrichtet. Diese Vorgehensweise entspricht dem zukünftigen Verfahren zur Aufstellung eines produktorientierten Haushaltes (Beschluss der Vollversammlung vom 23.07.2003 „NSM-Module: Ziele, Produkte, Berichte“).

2. Ziel- und produktorientierte Budgetierung 2006

Als ersten Schritt hin zu einem produktbezogenen Haushalt werden die im Rahmen des Eckdatenbeschlusses vom 27.07.2005 vorgenommenen Ausweitungen des Budgets 2006 im sächlichen wie personellen Bereich den betreffenden Produkten und zwar mit Benennung des damit verfolgten Zieles zugeordnet. Die Produktnummern basieren auf der 6. Fassung des Produktplans, der in der Vollversammlung des Stadtrates am 27.07.2005 verabschiedet worden ist.

2.1. Produktbereich 1 „Wirtschaftliche Existenzsicherung“

Produkt 1.2.2 „Vermittlung Erwerbsfähiger in Arbeit und Beschäftigung“	
Maßnahmen	Budgetausweitung
<ul style="list-style-type: none"> Finanzierung von Projekten und Maßnahmen 	<p>20.187 TEUR HST 7910.718.3000.8 (wird ab 01.01.2006 im Referat für Arbeit und Wirtschaft veranschlagt)</p>
<p>Ziel: Die Projekte der Münchner Arbeitsförderungsinitiative und die Beschäftigungsprojekte sind weiterhin in ihrem Bestand gesichert.</p>	

Produkt 1.1.5 „Beratung zur Erhaltung und Wiederherstellung der wirtschaftlichen Selbstständigkeit“	
Maßnahmen	Budgetausweitung
<ul style="list-style-type: none"> Ausbau des Schuldnerberatungsangebots um 3 Fachkräfte und eine ½ Stelle für Teamassistenten (Sozialausschuss am 22.09.2005) 	<p>212 TEUR HST 4015.490.0000.3 Bzw. HST 4705.700.0116.9</p>
<p>Ziel: Das Beratungsangebot ist neu strukturiert. Überschuldete Ratsuchende erhalten innerhalb von 8 Wochen einen Termin zur Klärung und Einleitung der notwendigen Hilfsmaßnahmen</p>	

2.2. Produktbereich 2 „Hilfe bei Erziehungs- und Beziehungsfragen“

Produkt 2.1.1. „Kindertagesbetreuung in Kinderkrippen“	
Maßnahmen	Budgetausweitung
<ul style="list-style-type: none"> Finanzierung von 6 Kinderkrippen und einem Kindertageszentrum in freier Trägerschaft 	<p>1.496 TEUR HST 4642.678 ff</p>
<p>Ziel: Versorgung von 20% aller Kinder bis 3 Jahre in München</p>	

Produkt 2.1.1. „Kindertagesbetreuung in Kinderkrippen“	
Maßnahmen	Budgetausweitung
<ul style="list-style-type: none"> zusätzlich notwendige Personalausstattung inkl. anteilige Overhead-Kosten aufgrund Ausweitung der Kinderkrippen um 3 städtische Krippen 	609 TEUR HST 4642.414.ff
Ziel: Erweiterung des Platzangebotes für Kinder bis zu 3 Jahre (Planungsrichtwert 20%)	

Produkt 2.1.4 „Kindertagesbetreuung in Eltern-Kind-Initiativen“	
Maßnahmen	Budgetausweitung
<ul style="list-style-type: none"> Finanzierung des bisherigen Platzangebots und zusätzlicher Plätze 	1.060 TEUR HAST 4642.701.0214.6
Ziel: Bestandserhaltung und Platzausbau um 70 Plätze	

Produkt 2.4.3 „Unterhaltsvorschuss“	
Maßnahmen	Budgetausweitung
<ul style="list-style-type: none"> Finanzierung von 1 Stelle für Fachberatung im Rahmen der Dezentralisierung des Sachgebietes Unterhaltsvorschuss in die Sozialbürgerhäuser 	57 TEUR HAST 4070.490.0000.0
Ziel: Die Fachberatung ist sichergestellt.	

2.3. Produktbereich 4 „Wohnen/ Wohnungsversorgung“

4.1.4 „Vorübergehende Unterbringung und ambulante Hilfe für akut Wohnungslose“	
Maßnahmen	Budgetausweitung
<ul style="list-style-type: none"> Finanzierung der notwendigen Betriebskosten für ein volles Haushaltsjahr 	118 TEUR HAST 4351.540.3000.9
Ziel: Betrieb des Clearinghauses in der Orleansstraße	

Produkt 4.1.7 „Quartierbezogene Bewohner(innen)arbeit“	
Maßnahmen	Budgetausweitung
<ul style="list-style-type: none"> Finanzierung des Bewohnertreffs Theresienhöhe (Die weiteren Bewohnertreffs können durch Umschichtung finanziert werden) 	<p align="center">40 TEUR HAST 4707.700.0417.9</p>
<p>Ziel: Es sind zusätzliche Bewohnertreffs in den neuen Siedlungen am Ackermannbogen, auf der Theresienhöhe, im Arnulfpark und in der Thalkirchner Straße geschaffen.</p>	

2.4. Produktbereich 5 „Hilfen im Alter und bei Pflegebedürftigkeit“

Produkt 5.1.2 „Angebote der Begegnung, Kommunikation und Bildung für alte Menschen“	
Maßnahmen	Budgetausweitung
<ul style="list-style-type: none"> Zeitanteilige Finanzierung der Betriebskosten 	<p align="center">120 TEUR HST 4310.678.0800.3</p>
<p>Ziel: Das Alten- und Servicezentrum Messestadt-Riem geht im Jahr 2006 in Betrieb</p>	

2.5. Offene Punkte nach dem Eckdatenbeschluss

Mit Beschluss des Kinder- und Jugendhilfeausschusses vom 30.11.2004 und der Vollversammlung vom 15.12.2004 wurde das Sozialreferat beauftragt, für den Vorlaufbetrieb der provisorischen Freizeitstätte in Berg am Laim – Haager Straße die erforderlichen Mittel in Höhe von 130.000,- € für den Haushalt 2006 anzumelden. Der seitens der Kämmerei zu Dissens gestellte Betrag wurde im Rahmen des Eckdatenbeschlusses jedoch nicht berücksichtigt. Die Baugenehmigung durch die Lokalbaukommission für die Container liegt bereits vor. Die für Juni geplante Unterzeichnung des Mietvertrags wurde bis zur endgültigen Entscheidung über die Finanzierung zurückgestellt. Für den Transport der Container und die Zwischenlagerung fallen bereits im Jahr 2005 ca. 15.140,- € an. Das Sozialreferat/Stadtjugendamt hält die Fortführung des Projektes für fachlich dringend notwendig. Das Sozialreferat hat im Rahmen der Haushaltsplanaufstellung Mittel in Höhe von 27.000,- € für die zeitanteilige Finanzierung von Personalkapazitäten für das München Portal angemeldet. Die Stelle ist organisatorisch bei der Referatsleitung angebunden und wird bis 30.09.2006 aus FORTIV-Mitteln finanziert. Der zu Dissens gestellte Betrag wurde im Rahmen des Eckdatenbeschlusses ebenfalls nicht berücksichtigt. Ohne diese zusätzlichen Mittel kann das Sozialreferat eine zeitnahe, kundenorientierte und umfassende Information im München Portal dauerhaft nicht sicherstellen. Über die Mittel für 2006 für diese beiden o.g. Maßnahmen ist daher im Rahmen des Haushalts zu entscheiden.

3. Aufstellung des Haushaltsplanes 2006

3.1 Allgemeines

Grundlage für den Haushaltsplan 2006 sind der Eckdatenbeschluss vom 27.07.2005 sowie die in den Beschlüssen der Vollversammlung vom 24.07.2001 und 02.04.2003 getroffenen Festlegungen zur Haushaltskonsolidierung. Detaillierte Ausführungen zum Fein-

konzept 2006 sind der Beschlussvorlage zur Haushaltskonsolidierung, die ebenfalls in der heutigen Sitzung behandelt wird, zu entnehmen.

3.2. Verwaltungs- und Vermögenshaushalt – Bewegliches Vermögen

- Der Haushaltsplan-Entwurf (Einzelplan 4) des Sozialreferates für das Jahr 2006 umfasst folgende Beträge :

Verwaltungshaushalt	1.087.261.500,- EUR
Vermögenshaushalt – bewegliches Vermögen	<u>2.128.600,- EUR</u>
Gesamtbudget	<u>1.089.390.100,- EUR</u>

- Hinsichtlich der Haushaltsplanaufstellung im Bereich „Förderung freier Träger“ wird auf die ebenfalls heute dem gemeinsamen Ausschuss vorliegenden Beschlussvorlagen verwiesen, in denen diese Bereiche im Detail behandelt werden.
- Der Haushaltsplan-Entwurf 2006 (Verwaltungs- und Vermögenshaushalt – bewegliches Vermögen) des Einzelplanes 4 (Sozialreferat) ist im einzelnen der Anlage 2 zu entnehmen, die einen wesentlichen Bestandteil dieser Vorlage darstellt.

3.3. Vermögenshaushalt – Maßnahmen (Mehrjahresinvestitionsprogramm)

Im Vermögenshaushaltsplan-Entwurf 2006 sind alle Maßnahmen des gültigen Mehrjahresinvestitionsprogrammes 2005 – 2009 enthalten, bei denen die Veranschlagungsvoraussetzungen nach § 10 KommHV vorliegen. Das Gesamtvolumen des Vermögenshaushaltes – Maßnahmen – in 2006 beträgt 63.852.000,- EUR. Die Ausweitung gegenüber 2005 (52.427.000,- EUR) ergibt sich durch eine Ansatzerhöhung beim Ausgleich von Mindererlösen von Grundstückskosten im Bereich „Kommunales Wohnungsbauprogramm, KomPro B+C“.

4. Personalausgaben

4.1. Sachstand 2005

Aufgrund der Dauerwirkung der Haushaltssperre 2002 und der erforderlichen Sparmaßnahmen kann der Personalhaushalt des Sozialreferates derzeit sowohl im pauschal bewerteten Bereich als auch in weiten Teilen des gesondert bewerteten Bereiches (z. B. Jugendhilfebereich, Allg. Sozialdienst) nur durch nachhaltige Konsolidierungsmaßnahmen ausgeglichen werden. Die Ämter im Sozialreferat haben eine Sparvorgabe von insgesamt 4,5 Mio. € erhalten, die bis 2006 erbracht werden muss. Dazu erfolgen Umsetzungen von Personal im Rahmen von Integrationsmaßnahmen. Jede zu besetzende Stelle wird zunächst dahingehend überprüft, ob ein sogenannter „Integrationsfall“ umzusetzen ist und erst nach erfolgter Prüfung kann die Stelle zur regulären Wiederbesetzung ausgeschrieben werden.

4.2. Veränderungen in 2006

Der Personalkostenansatz des Sozialreferates laut Eckdatenbeschluss 2006 (ohne Versorgung und Beihilfe) wird von 158.656.800,- EUR in 2005 (Ansatz 2005 inkl. 1. NHPL)

auf 160.082.200,- EUR erhöht. Davon abgezogen wird ein Konsolidierungsbetrag im UA 4070 (Verwaltung der Jugendhilfe) in Höhe von 50.000,- EUR.

Die Erhöhung von 1.425.400,- EUR bzw. um 0,89 % ergibt sich aus Maßnahmen zum Investitionsschutz, zusätzlichen Pflichtaufgaben und gesicherten Beschlüssen. Es handelt sich dabei insbesondere um die Restfinanzierung von Grundausstattungen für 2 Sozialbürgerhäuser und einem Clearinghaus. Die bisher in verschiedenen Unterabschnitten geführten Sozialbürgerhäuser werden ab 01.01.2006 in einem Unterabschnitt UA 4001 zusammengeführt.

Im Bereich des Amtes für Soziale Sicherung wurde der Ansatz um 418.000,- EUR im Rahmen der routinemäßigen Überwachung befristeter Budgeterhöhungen (hier: Fallüberprüfungen) reduziert. Eine Verlängerung der Prüftätigkeit um ein weiteres Jahr erfolgte über die Arbeitsgruppe Haushaltskonsolidierung, so dass diese Mittelkürzung von Personal- und Organisationsreferat im Rahmen des Schlussabgleichs korrigiert wird. Im Bereich der Kinderkrippen handelt es sich um die Restfinanzierung des Objektes im Freda-Wuesthoff-Weg und den Ausbau der Objekte Thuisbrunner Straße, Kirchen- und Lothstraße.

Im Spannungsfeld der Anforderungen der Zentralbereiche und den allgemeinen Aufgabenstellungen bemüht sich das Sozialreferat, diesen auch in der Zukunft gerecht zu werden.

5.Allgemeine Haushaltsdaten in der Übersicht

Um sich ein umfassendes Bild über die Haushaltssituation machen zu können, werden in den nachstehenden Schaubildern das Verhältnis Gesamtausgaben zu Gesamteinnahmen und zu den Unterdeckungen des Einzelplanes 4 (Sozialreferat) für die Jahre 2005 und 2006 sowie die Entwicklung der Haushaltsausgabereste in den Jahren 2003/2004 dargestellt (siehe unter Punkt 6).

Erläuterungen zu den Schaubildern:

Tabelle 1

Tabelle 1, mit dem die Ansätze 2005 und die Anmeldungen 2006 des Verwaltungshaushaltes dargestellt werden, zeigt für 2006 im Vergleich mit 2005 einen Rückgang sowohl bei den Ausgaben als auch bei den Einnahmen. Dies ist insbesondere darauf zurückzuführen, dass die Leistungen für die Hilfe zur Arbeit ab 2006 nicht mehr im Haushalt des Sozialreferates erscheinen, sondern beim Referat für Arbeit und Wirtschaft veranschlagt sind.

Verwaltungshaushalt	2005		2006	
	EURO	%	EURO	%
Ausgaben	1.111.510.700,-	100,0	1.087.261.500,-	100,0
Einnahmen	436.168.400,-	39,24	412.197.500,-	37,91
Ausgleich	675.342.300,-	60,76	675.064.000,-	62,09

Tabelle 2

Die nachstehende Übersicht gibt eine Darstellung der Ausgaben der Jahre 2005 und 2006 differenziert nach Leistungsarten :

Leistungsarten	2005 (= incl. 1. NHPL)		2006	
	EURO	%	EURO	%
A. Einzelfallhilfen				
Hilfen nach SGB II /SGB XII und BVG, AsylBLG (2005 inkl. Alt-BSHG)	566.170.000,-	50,94	534.031.540,-	49,12
Hilfen nach KJHG	159.144.700,-	14,32	164.600.000,-	15,14
Zwischensumme	725.314.700,-	65,26	698.631.540,-	64,26
B. Städt. Personalausgaben (ohne Versorgung/Beihilfe)	158.657.000,-	14,27	160.000.000,-	14,72
C. Leistungen an Maßnahme- und Einrichtungsträger	95.828.000,-	8,62	90.947.000,-	8,36
D. Übrige Leistungen	131.711.000,-	11,85	137.682.960,-	12,66
Gesamtsumme	1.111.510.700,-	100,00	1.087.261.500,-	100,00

Erläuterungen zur Übersicht:

Zu A: Bei den Einzelfallhilfen ist (ohne Hilfe nach dem KJHG) von 2005 auf 2006 eine Reduzierung von 32.138.460,- EUR zu verzeichnen. Ursache dafür ist insbesondere der Wegfall der Kosten für die Hilfe zur Arbeit (28,53 Mio. EUR).
Eine Ansatzreduzierung ergibt sich außerdem im Bereich des Asylbewerberleistungsgesetzes und Kriegsopferfürsorge und des Lastenausgleichsgesetzes aufgrund von sinkenden Fallzahlen.
Im Bereich der Leistungen des SGB II wird vorerst der Mittelbedarf des heurigen Jahres auch für das Jahr 2006 angesetzt (siehe dazu auch Anlage 1). Der aktuelle Mittelabfluss und die darauf basierende Hochrechnung lässt nach derzeitigem Stand einen geringeren Mittelbedarf als geplant erwarten. Eine genauere Datengrundlage wird allerdings erst Ende des Jahres vorliegen, insbesondere hinsichtlich der zu erwartenden Kostenerstattung durch

den Bund. Das Sozialreferat wird daher das Ergebnis der Revisionsklausel im Rahmen einer Bekanntgabe im Sozialausschuss am 01.12.2005 vorlegen.

Im Bereich der gesetzlichen Jugendhilfeleistungen ist eine Steigerung von ca. 3,7 % gegenüber dem Jahr 2005 berücksichtigt. Dies ist überwiegend auf gestiegene Allgemeinkosten und auf eine leicht steigende Fallzahl zurückzuführen. Dabei ist auch darauf hinzuweisen, dass die überwiegende Zielgruppe der 6 - 15 Jährigen seit 2000 kontinuierlich steigt (zwischen 2000 und 2004 um 3,4%, bzw. rd. 3000 Personen).

Zu B: Die Personalausgaben steigen von 2005 auf 2006 um 0,89 %. Nähere Ausführungen unter Punkt 4.2

Zu C: Die Reduzierung ergibt sich durch den Wegfall der Zuschüsse für die Beschäftigungsprojekte. Diese sind im Rahmen des Eckdatenbeschlusses als Gesamtsumme beim Referat für Arbeit und Wirtschaft veranschlagt. Die Mittel für die Berufsbezogene Jugendhilfe in Höhe von 3,56 Mio. EUR werden im Schlussabgleich dann in den Haushalt des Sozialreferates eingestellt. Zudem sind im Ansatz 2006 die für 2005 beschlossenen Konsolidierungsbeträge bereits berücksichtigt.

Zu D: Die Steigerungen in 2006 setzen sich aus einer Vielzahl von Einzelmaßnahmen zusammen, u.a.:

- Anmietkosten für die Räume im Elisenhof sind in 2006 erstmals für 12 Monate berücksichtigt – 1,068 Mio. EUR
- Einkommensorientierte Förderung 1,435 Mio. EUR (JA 4983 nicht haushaltsrelevant, da Einnahmen in gleicher Höhe)
- Interne Leistungsverrechnung – Dauerleistungen 2,497 Mio. EUR. Diese Kosten sind im Zuge der Einführung des Neuen Kommunalen Rechnungswesen im Haushalt aufzunehmen. Es handelt sich um Serviceleistungen anderer Referate, die dort in entsprechender Höhe als Einnahmen und damit im Ergebnis „haushaltsneutral“ veranschlagt sind.

6. Finanzielle Situation (Haushaltsausgabereste)

Gegenüber dem Jahr 2003 (27,209 Mio. EUR) haben sich die Haushaltsausgabereste des Jahres 2004 auf 30,846 Mio. EUR erhöht. Diese Haushaltsmittel verteilen sich überwiegend auf eine Vielzahl von einzelnen Haushaltsstellen. Ein Teil der Mittel muss zur Finanzierung von noch nicht abgeschlossenen Vorhaben des Jahres 2005 sowie von noch ausstehenden Abrechnungen des Jahres 2005 verwendet werden. Insbesondere in den Bereichen „Strukturelle Hilfen bei Behinderung“ und „Kindertagesbetreuung in Familien“ ergeben sich, wie bereits in den letzten Jahren, Terminverschiebungen beim Beginn einiger Projekten bzw. Maßnahmen.

Zudem hat das Sozialreferat im Sinne einer sparsamen Mittelbewirtschaftung ganz gezielt Haushaltsreste bei den Sachkosten gebildet, um die noch anstehenden Umzüge und Umbaumaßnahmen im Zuge der weiteren Realisierung der Sozialbürgerhäuser finanzieren zu können.

7. Förderung der Wohlfahrtspflege, Projekte der Zentrale

7.1. Allgemeines

Seit 2002 orientieren sich die Haushaltsanmeldungen für die Bereiche der Förderung freier Träger an der Struktur des Produktplanes. Die nachfolgend aufgeführten Projekte mit planerischem und regionalem Bezug sind derzeit nicht unmittelbar Produkten zuzuordnen und verbleiben deshalb zunächst noch bei der Zentrale des Sozialreferates.

7.2. Projekte

- **REGSAM – Modellprojekt zur Regionalisierung sozialer Arbeit in München**

HST 4700.700.0018.2

Ansatz 2005 484.900,- EUR

Bedarf 2006 484.900,- EUR

Kein Mehrbedarf

--,
=====

- **Förderungszuschüsse an die Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege in München**

HST 4700.700.0001.8

Ansatz 2005 521.523,- EUR

Bedarf 2006 521.523,- EUR

Kein Mehrbedarf

--,
=====

Anhörung des Bezirksausschusses

In dieser Beratungsangelegenheit ist die Anhörung des Bezirksausschusses nicht vorgesehen (vgl. Anlage 1 der BA-Satzung).

Dem Korreferenten, Herrn Stadtrat Benker, den Verwaltungsbeirätinnen, Frau Stadträtin Oberloher, Frau Stadträtin Gebhardt, Frau Stadträtin Zurek, Frau Stadträtin Meier und Frau Stadträtin Schosser, den Verwaltungsbeiräten, Herrn Stadtrat Pretzl und Herrn Stadtrat Straßer, der Stadtkämmerei, dem Revisionsamt, dem Personal- und Organisationsreferat, der Frauengleichstellungsstelle, dem Ausländerbeirat, dem Seniorenbeirat und dem Behindertenbeirat, dem Behindertenbeauftragten und der Stelle für Interkulturelle Arbeit wurde je ein Abdruck der Beschlussvorlage zugeleitet.

II. Antrag des Referenten

A. Kinder- und Jugendhilfeausschuss

1. Der Kinder- und Jugendhilfeausschuss nimmt im Rahmen des Eckdatenbeschlusses vom 27.07.2005 die in der Vorlage dargestellten Haushaltsanmeldungen bei den Unterabschnitten 4070, 4512, 4513, 4514, 4515, 4516, 4521, 4522, 4525, 4531, 4534, 4535, 4536, 4541, 4542, 4553, 4554, 4555, 4556, 4557, 4558, 4559, 4561, 4565, 4566, 4573, 4574, 4583, 4591, 4592, 4602, 4642, 4650, 4660, 4661, 4662, 4680, 4681, 4700, 4703, 4706 zur Kenntnis und empfiehlt den zuständigen Stadtratsgremien diese zu genehmigen.

2. Der Kinder- und Jugendhilfeausschuss empfiehlt dem Stadtrat, die für die Einrichtung der provisorischen Kinder- und Jugendfreizeitstätte in Berg am Laim notwendigen Mittel in Höhe von 130.000 € beim Unterabschnitt 4602.678.0311.8 im Rahmen des Schlussabgleichs aufzunehmen.
3. Dieser Beschluss unterliegt nicht der Beschlussvollzugskontrolle.

B. Sozialausschuss

1. Der Sozialausschuss nimmt im Rahmen des Eckdatenbeschlusses vom 27.07.2005 die in der Vorlage dargestellten Haushaltsanmeldungen bei den Unterabschnitten 4000, 4001, 4002, 4003, 4004, 4005, 4006, 4007, 4008, 4009, 4011, 4012, 4015, 4020, 4025, 4030, 4050, 4090, 4100, 4101, 4103, 4104, 4110, 4111, 4112, 4113, 4114, 4115, 4116, 4120, 4121, 4123, 4128, 4130, 4131, 4132, 4140, 4141, 4145, 4147, 4148, 4149, 4150, 4151, 4152, 4160, 4170, 4180, 4190, 4199, 4200, 4210, 4220, 4230, 4240, 4310, 4311, 4350, 4351, 4355, 4356, 4363, 4391, 4400, 4410, 4633, 4701, 4705, 4707, 4820, 4900, 4930, 4981, 4982, 4983 zur Kenntnis.
2. Der Sozialausschuss empfiehlt dem Stadtrat, die für die zeitanteilige Finanzierung von Personalkapazitäten für das München-Portal notwendigen Mittel in Höhe von 27.000 € beim Unterabschnitt 4000.490.0000.5 im Rahmen des Schlussabgleichs aufzunehmen.
3. Dieser Beschluss unterliegt nicht der Beschlussvollzugskontrolle.

III. Beschluss

nach Antrag.

Über den Beratungsgegenstand wird abschließend durch die Vollversammlung des Stadtrates entschieden.

Der Stadtrat der Landeshauptstadt München
Kinder- und Jugendhilfeausschuss
Sozialausschuss

Die Vorsitzende

Der Referent

Dr. Gertraud Burkert
Bürgermeisterin

Friedrich Graffe
Berufsm. Stadtrat

- IV.** Abdruck von I. mit III.
über den Stenografischen Sitzungsdienst
an das Direktorium - Dokumentationsstelle
an die Stadtkämmerei
an das Revisionsamt II/2
an die Frauengleichstellungsstelle
an das Direktorium - Ausländerbeirat
z.K.

V. Wv. Sozialreferat

1. Die Übereinstimmung vorstehenden Abdrucks mit der beglaubigten Zweitschrift wird bestätigt.

2. **An das Personal- und Organisationsreferat**
An den Seniorenbeirat
An den Behindertenbeirat
An den Behindertenbeauftragten
An die Bezirksausschüsse der Stadtbezirke 1 – 25
An S-III-M/IK
z.K.

Am

I.A.